

Vom „Schatten" ins Rampenlicht: Wie Superreiche vom Einfluss auf den Staat zu dessen eingebautem Bestandteil wurden

SE/Sergio Rivera

Anmerkung des Autors: Die zentrale Fragestellung dieses Artikels entspringt einer Intuition: Wir erleben einen Wandel der Machtform, der möglicherweise tiefgreifender ist als der Neoliberalismus der 1980er Jahre. Im alten Modell beeinflussten die Reichen die Politik durch Lobbyarbeit und Spenden; heute begnügen sich die reichsten Technologiemagnaten nicht mehr mit „Einflussnahme": Sie werden Teil des Staatsapparats oder zwingen den Staat, nach ihrer Logik zu funktionieren. Die folgende Analyse versucht, diese Intuition auf den Prüfstand zu stellen und ein präziseres Bild zu zeichnen.

I. Eine alte Annahme, die nicht mehr trägt

Vier Jahrzehnte lang lautete die vorherrschende Erzählung über das Verhältnis von Reichen und Politik ungefähr so: Die Reichen übten Einfluss durch politische Spenden, die Finanzierung von Think Tanks und Medienbesitz aus, aber der Staat blieb als eigenständiger Akteur zumindest formal in der Lage, das Kapital zu regulieren. Der „Neoliberalismus" der Ära Reagan-Thatcher war eine politische Entscheidung: gewählte Regierungen, die sich für Deregulierung, Wohlfahrtskürzungen und die Privatisierung öffentlicher Vermögenswerte entschieden. Die Reichen waren Nutznießer, nicht Entscheider.

Diese Annahme ist 2026 kaum noch haltbar.

Im Jahr 2025 wuchs das Vermögen der 500 reichsten Menschen der Welt um den Rekordwert von 2,2 Billionen Dollar, wobei allein acht Personen etwa ein Viertel dieses Gesamtzuwachses beisteuerten. Elon Musk steigerte sein Vermögen allein um 190,3 Milliarden Dollar auf einen Nettowert von 622,7 Milliarden. Gleichzeitig zeigen Oxfam-Daten, dass die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als 8,3 Dollar pro Tag lebt, während das reichste 1 % 43,8 % des globalen Vermögens kontrolliert. Diese Konzentration ist an sich nicht neu; neu ist **die Art und Weise, wie Vermögen in politische Macht umgewandelt wird**.

II. Vereinigte Staaten: Die Reichen treten in den Staat ein, sie umkreisen ihn nicht

Die US-Wahlen 2024 liefern einen eindeutigen Fall. Musk investierte über 250 Millionen Dollar in Trumps Kampagne, davon allein 239 Millionen in das „America PAC". Anschließend wurde er zum Leiter des „Department of Government Efficiency" ernannt und wirkte direkt an Entscheidungen über Kürzungen der Bundesausgaben mit. Dies ist nicht mehr die traditionelle „Geldgeber-

Politiker"-Beziehung, sondern eine **Verschmelzung auf der Personalebene**: Wer Schlüsseltechnologien und -kapital kontrolliert, kontrolliert zugleich die administrative Macht.

Diese Verschmelzung hat eine innere Logik. Die Trump-Regierung muss mit China in den Bereichen künstliche Intelligenz und Hochleistungschips konkurrieren, und die Kontrolle über Rechenkapazität, Rechenzentren und KI-Modelle ist genau in wenigen privaten Händen konzentriert. Bei dem Abendessen, das das Weiße Haus im November 2025 zu Ehren des saudischen Kronprinzen gab, saßen Musk, Huang, Cook und Bezos gleichzeitig am Tisch, und zu den besprochenen Themen gehörte der saudische Plan für Investitionen in 500 Megawatt Rechenkapazität, wobei xAI und Nvidia als Beteiligte genannt wurden. Musk hatte Trumps Fiskalplan zuvor öffentlich scharf kritisiert und sogar mit der Gründung einer neuen Partei gedroht, doch das hinderte ihn nicht daran, ins Weiße Haus zurückzukehren, als die Kerninteressen seines KI-Imperiums auf dem Spiel standen. **Die Meinungsverschiedenheiten sind real, aber die gegenseitige Abhängigkeit ist fundamentaler.** Trump braucht die Investitionen und Beschäftigungszahlen der Technologieriesen, um Amerikas technologische Hegemonie zu belegen; Musk braucht die Zusammenarbeit der Bundesregierung bei der Tesla-Regulierung, den SpaceX-Verträgen und den Exportbeschränkungen für xAI-Chips.

Dies ist keine „Schattenregierung", die hinter den Kulissen die Fäden zieht. Es ist die direkte Verschmelzung von Unternehmensmacht und Staatsmacht, zumindest in bestimmten Schlüsselbereichen der Politik.



III. Die europäische Variante: Kein Musk, aber eine ähnliche Logik

Europa hat keine Figur wie Musk hervorgebracht, die gleichzeitig ein Unternehmen und ein Regierungsamt kontrolliert, aber dieselbe Logik existiert in diskreteren, institutionalisierten Formen. Der Europaabgeordnete Brando Benifei warnte in einem Interview von 2026, dass sich zwischen der extremen Rechten und den „Techno-Oligarchen" „eine Interessenallianz und gegenseitige Unterstützung" bilde, die er als „eine Bedrohung für unsere Demokratien" bezeichnete. Die Erscheinungsform dieser Allianz ist nicht die öffentliche Ernennung von Personen, sondern **der**

Regulierungsstreit: Wenn die EU versucht, den großen Tech-Konzernen durch den AI Act Beschränkungen aufzuerlegen, wirkt der Druck des amerikanischen und nationalen Technologiekapitals gleichzeitig auf den europäischen politischen Entscheidungsprozess.

Benifeis Formulierung verdient Aufmerksamkeit: Europa „kann nicht nur eine regulierende Macht sein, ohne die technologische Stärke zu entwickeln, die heute nötig ist". Was dieser Satz offenbart, ist ein Dilemma: Europa will die Tech-Riesen regulieren, stellt aber fest, dass ihm eine industrielle Basis fehlt, um ihnen entgegenzutreten. Wenn die Macht, Regeln zu setzen, vom technologischen Kontrollvermögen getrennt ist, weichen die Regeln oft der Realität. Dies korrespondiert mit der argentinischen Situation, wenngleich der Mechanismus ein anderer ist.

IV. Argentinien: Eine andere Abhängigkeit, dieselbe strukturelle Verwundbarkeit

Die argentinische Situation unterscheidet sich wesentlich von der in den USA und Europa, ist aber nicht beziehungslos. Im April 2025 genehmigte der IWF eine 48-monatige Erweiterte Fondsfazilität über rund 20 Milliarden Dollar, und bis zur zweiten Überprüfung im Mai 2026 waren bereits etwa 15,8 Milliarden ausgezahlt. Die IWF-Erklärung verlangt ausdrücklich, dass Argentinien „weiterhin einen gesamtfiskalischen Ausgleich in Kassenbegriffen anstrebt", und zwar durch „weitere Kürzungen der Energiesubventionen, eine Verbesserung der Zielgerichtetheit von Sozialtransfers und die Eindämmung diskretionärer Ausgaben".

Die Reformagenda der Regierung Milei — Deregulierung, Privatisierung, Arbeitsmarktflexibilisierung — deckt sich in hohem Maße mit den IWF-Konditionalitäten. Das bedeutet nicht, dass der IWF die argentinische Politik „anordnet", sondern dass **die fiskalische Fragilität eine strukturelle Abhängigkeit erzeugt**: Wenn ein Land externe Finanzierung benötigt, um seinen Grundbetrieb aufrechtzuerhalten, wird sein politischer Spielraum komprimiert. In dieser Kompression profitieren das schnell bewegliche Kapital und die Vermögensbesitzer; benachteiligt sind diejenigen, die von öffentlichen Ausgaben und Transfers abhängen. Der IWF selbst räumt ein, dass „eine gut gestaltete soziale Unterstützung zur Abfederung kurzfristiger Anpassungskosten" entscheidend ist, um die gesellschaftliche Unterstützung für die Reformen aufrechtzuerhalten — der Unterton ist, dass die Anpassung ohne ausreichende soziale Unterstützung nicht nachhaltig sein wird. Woher aber die Ressourcen für diese soziale Unterstützung unter der Restriktion des fiskalischen Ausgleichs kommen sollen, bleibt unbeantwortet.



V. Die Kalibrierung der Intuition: Keine „Schattenregierung", sondern eine „Mutation der Staatsform"

Zurück zur Ausgangsfrage: Regieren die Superreichen „aus dem Schatten"? Die präzisere Antwort lautet: **Ein Teil der Superreichen ist bereits aus dem Schatten getreten und in den Staatsapparat eingetreten; ein anderer Teil zwingt den Staat, sich nach ihrer Logik neu zu organisieren.** Keiner der beiden Fälle ist die „Manipulation hinter den Kulissen" im traditionellen Sinne.

Musks Erscheinen im Weißen Haus, die Verflechtung von Tech-Riesen und Geopolitik auf dem saudischen Rechenkapazitäts-Schachbrett und die Rahmung des argentinischen Politikspielraums durch IWF-Konditionalitäten weisen in dieselbe Richtung: **Die Grenze zwischen Staat und Kapital wird durchlässig, und an bestimmten Knotenpunkten ist sie bereits verschwunden.** Es handelt sich nicht um eine „einheitliche Verschwörung der Superreichen"; auch unter den Reichen gibt es Konkurrenz und Konflikt. Aber es ist ein systemischer Wandel: Wenn die Vermögenskonzentration eine bestimmte Schwelle erreicht und wenn die technologische Infrastruktur, die dieses Vermögen kontrolliert, zur Grundlage des Wirtschaftens und der nationalen Sicherheit wird, hört der Staat auf, jene externe Kraft zu sein, die das Kapital „regulieren" kann.

Der Neoliberalismus der 1980er Jahre war ein **politisches Projekt**: gewählte Regierungen, die sich entschieden, die Beschränkungen für das Kapital zu verringern. Was heute geschieht, kommt einer **strukturellen Transformation** näher: Das Kapital — insbesondere das Technologiekapital — hat die Fähigkeit erlangt, dass bestimmte Politikoptionen unabhängig davon, wer gewählt wird, nicht mehr auf dem Tisch liegen. Fiskaldisziplin, Subventionskürzungen und Arbeitsmarkt-„Flexibilisierung" treten in Ländern mit unterschiedlichen politischen Systemen nicht gleichzeitig auf, weil ein Magnat hinter den Kulissen Befehle erteilt, sondern weil **der Raum der verfügbaren Politikoptionen selbst umgestaltet wurde**.

Ob diese Umgestaltung umkehrbar ist, ist eine andere Frage. Aber sie zumindest zu identifizieren, ist der erste Schritt, um über Alternativen nachzudenken.

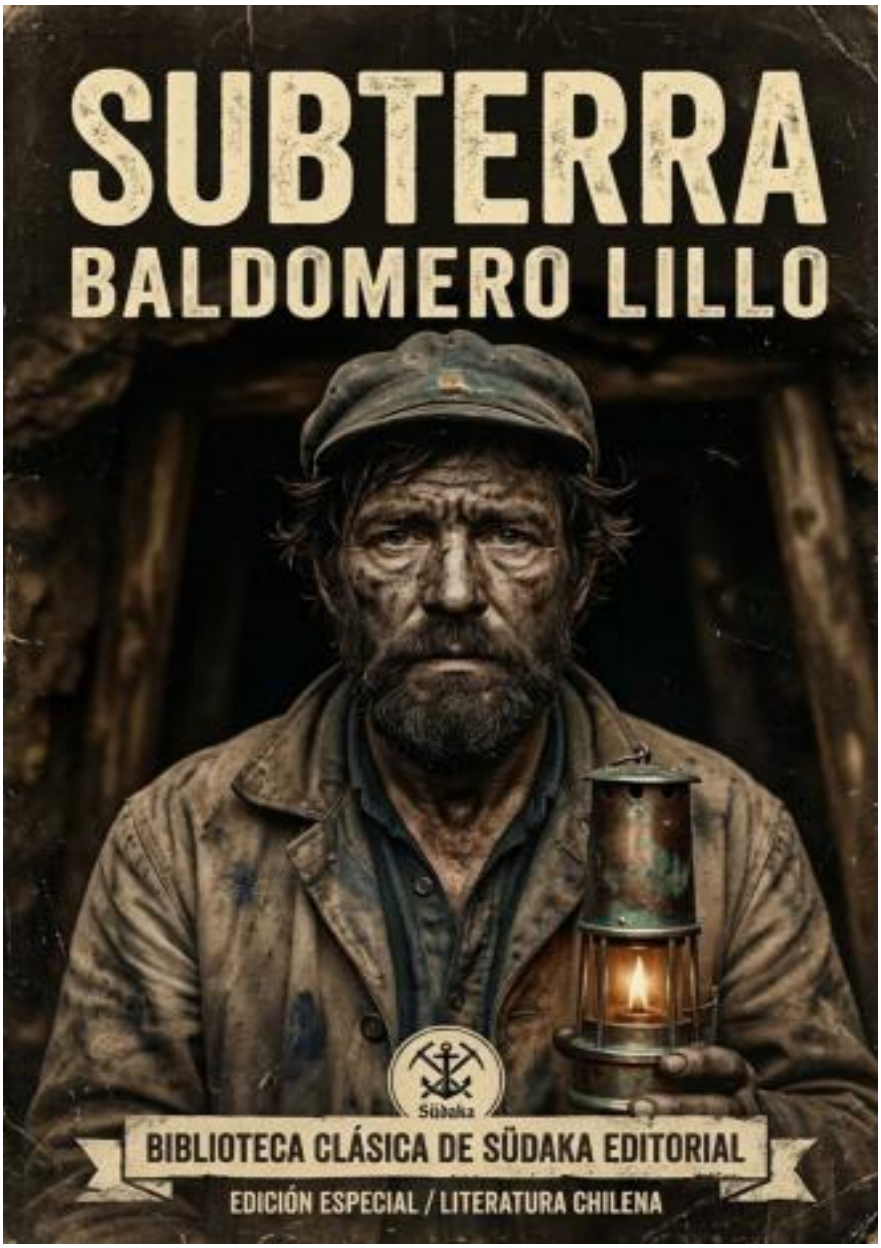
HINWEIS: 1. Die Erstellung und Überprüfung dieses Artikels wurde durch KI unterstützt, ebenso die Überprüfung der Informationsquellen und der Datengenauigkeit. 2. Die Bilder wurden durch KI generiert.

Web: www.sudaka-editorial.com
Email: info@sudaka-editorial.com

Südaka Editorial

SubTerra

Bajo la tierra de Chile, donde la luz no llega, hombres, mujeres y niños arrancan carbón a la roca y dignidad a la desgracia. Baldomero Lillo baja con ellos y vuelve con estas historias.



Esta edición ofrece dos lecturas en un mismo volumen: **el texto original de 1917**, con su ortografía de época, **y una versión modernizada que actualiza la lengua** sin renunciar al vocabulario técnico de la mina. Un clásico del realismo social latinoamericano para quienes quieran escuchar las voces que vienen de abajo.

Un libro más de Biblioteca Clásica
Südaka Editorial